



**Richtlinie der Gemeinde Sulzbach (Taunus)
für die Gewährung von Zuschüssen zu steckbaren Mini-PV Anlagen /
Balkonmodulen
(Stand 03.11.2021)
(zuletzt redaktionell bearbeitet am 05.07.2023)**

1. Die Gemeinde Sulzbach (Taunus) kann ab dem 01.01.2022 auf Antrag im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einen Investitionszuschuss für die Errichtung von Mini-PV Anlagen / Balkonmodulen gewähren.
2. Gefördert werden steckbare Mini-PV Anlagen / Balkonmodule, die alle anzuwendenden Normen für fest installierte Stromerzeugungsgeräte / VDE Normen erfüllen¹.
 - Der Zuschuss beträgt pauschal 200,00 € / Modul, maximal jedoch 50 % des Kaufpreises
 - Max. 2 Module pro Wohneinheit
 - 2.1. Antragsberechtigt sind alle Eigentümer oder Mieter (mit Zustimmung des Eigentümers) von Wohnungen oder baulichen Anlagen innerhalb der Gemeinde Sulzbach (Taunus).
 - 2.2. Eine Förderung durch die Gemeinde erfolgt nur, sofern keine zusätzliche Drittförderung in Anspruch genommen wird und auch künftig nicht erfolgt (Förderung / Finanzierung durch die KfW ausgenommen).
3. Anträge auf Gewährung eines Zuschusses sind schriftlich an den Gemeindevorstand der Gemeinde Sulzbach (Taunus), Fachbereich Planung, Bauen, Liegenschaften, Hauptstraße 11, 65843 Sulzbach (Taunus) zu richten. Die Antragstellung kann auch per E-Mail an foerderprogramme@sulzbach-taunus.de und mit dem Betreff „Zuschuss Balkonmodul“ erfolgen. Hierbei sind die nachstehend genannten Antragsunterlagen der E-Mail **vollständig** beizufügen.
 - 3.1. Der Antrag besteht mindestens aus:
 - einem formlosen und **unterschiedenen Anschreiben** mit Angaben zum Antragsteller (Name, Anschrift, ggf. weiteren freiwilligen Kontaktdaten), sowie:
 - o der Nennung einer Bankverbindung für den Fall einer Förderung
 - o der Nennung der Liegenschaft, auf der die Anlage errichtet werden soll
 - o dem Verhältnis zur Liegenschaft (z.B. Eigentümer / Mieter)
 - o einer Erklärung darüber, dass für die beantragte Förderung keine darüberhinausgehende Drittförderung beantragt wurde und auch künftig nicht erfolgen soll (Förderungen / Finanzierungen durch die KfW ausgenommen)
 - o einer Erklärung darüber, dass der Antragsteller alle anzuwendenden Normen / VDE Normen einhält²
 - o einer Erklärung darüber, dass der Antragsteller diese Richtlinie verbindlich anerkennt
 - einer Anlagenbeschreibung (z.B. einem Verkaufsprospekt) oder einer Betriebsbeschreibung (wenn nicht aus anderen Unterlagen ersichtlich)
 - einem Kostenvoranschlag bzw. Kostennennung oder -schätzung
 - einer Einverständniserklärung des Eigentümers (wenn Antragsteller nicht gleich Eigentümer)
 - 3.2. Anträge, die nach dem 30.11. eines Jahres gestellt werden, werden unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Mittel in das folgende Haushaltsjahr übernommen. Der Antragsteller wird hierüber von der Gemeinde schriftlich informiert.

¹ Bei Fragen hierzu wenden Sie sich an einen entsprechenden Fachbetrieb.

² Für die Einhaltung sowie ordnungsgemäße Installation sowie Betreuung der Anlage ist allein der Antragsteller verantwortlich.

Richtlinie der Gemeinde Sulzbach (Taunus) für die Gewährung von Zuschüssen zu
Mini-PV Anlagen / Balkonmodulen (Stand 03.11.2021)

- 3.3. Anträge werden in der Reihenfolge ihres Einganges bearbeitet. Vor dem 30.11. eines Jahres gestellte Anträge, die wegen Erschöpfung der Haushaltsmittel im lfd. Haushaltsjahr nicht mehr bezuschusst werden können, werden unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Mittel in das folgende Haushaltsjahr übernommen. Der Antragsteller wird hierüber von der Gemeinde schriftlich informiert.
 - 3.4. Anträge, die vor dem 30.11. eines Jahres gestellt werden und bei objektiver Beurteilung bis zum 30.11. des Antragjahres nicht realisiert werden können, werden unter dem Vorbehalt der Bereitstellung entsprechender Mittel in das folgende Haushaltsjahr übernommen. Der Antragsteller hat die Gemeinde frühzeitig, spätestens aber bis zum 30.11. des Antragjahres über die Nichtfertigstellung zu informieren, andernfalls verfällt die Förderzusage.
 - 3.5. Antragstellung sollte vor Auftragsvergabe erfolgen. Bei Antragstellung nach bereits erfolgter Inbetriebnahme dürfen zwischen Antragstellung und Inbetriebnahme nicht mehr wie 8 Wochen liegen. Als Zeitpunkt der Inbetriebnahme gilt das Datum der Inbetriebnahme entsprechend der Anmeldung bei der Bundesnetzagentur. Bei Antragstellung nach Inbetriebnahme sind alle erforderlichen Unterlagen sowie Nachweise zur Auszahlung des Zuschusses zusammen mit dem Antrag einzureichen.
 - 3.6. Der Abruf des Zuschusses hat innerhalb von 8 Wochen nach Inbetriebnahme zu erfolgen. Teilauszahlungen sind nicht möglich.
 - 3.7. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Vorlage nachvollziehbarer und nachprüfbarer Rechnungen und Zahlungsbelegen (jeweils in Kopie) sowie dem erbrachten Nachweis der Anmeldung der Anlage beim Netzbetreiber und der Meldung an die Bundesnetzagentur³. Rechnungen und Zahlungsbelege müssen dem Antragsteller (z.B. durch ausgewiesenen Namen) zuzuordnen sein. Ist das nicht möglich, ist der Nachweis auf andere, geeignete Art und Weise zu erbringen.

Sofern der Abruf Online per E-Mail erfolgt, sind die noch vorzulegenden Nachweise vollständig und als PDF-Dateien einzureichen. Ein Abruf in Papierform ist ebenfalls möglich.
 - 3.8. Die Gemeinde Sulzbach (Taunus) ist nach entsprechender Terminvereinbarung mit dem Zuschussnehmer zur Anlagen- bzw. Gerätekontrolle während der nächsten 3 Jahre berechtigt.
 - 3.9. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung eines Zuschusses besteht nicht. Es entstehen keine Rechtsansprüche an die Gemeinde.
4. Der Zuschuss der Gemeinde Sulzbach (Taunus) kann zurückgefordert werden, wenn:
 - der Zuschuss für andere Zwecke verwendet wird
 - der Fördergegenstand vor dem Ablauf von 3 Jahren nach ihrer Installierung demontiert oder stillgelegt wird
 - die Anlage nicht antragsgemäß betrieben wird
 - eine Förderung durch Dritte (KfW Förderung / Finanzierung ausgenommen) in Anspruch genommen worden ist
 - der Antrag bewusst mit falschen Angaben gestellt wurde

Die Rückzahlung wird mit Rückforderung fällig.

5. Datenschutz und Nutzung der Ergebnisse

Die Interessen der Antragsteller am Schutz persönlicher Daten werden von der Gemeinde Sulzbach (Taunus) gewahrt. Die Gemeinde Sulzbach (Taunus) behält sich vor, Daten über Förderungen und Zuschusszahlungen in anonymisierter Form für die Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden. Sofern eine geförderte Maßnahme eine besondere Bedeutung für die Gemeinde Sulzbach (Taunus) hat, ist sie berechtigt, über diese Maßnahme, nach Einwilligung durch den Zuschussnehmer auch mit Namensnennung und Bild, zu berichten.

³ Nach aktueller Rechtslage sind auch Mini-Solaranlagen der Bundesnetzagentur gegenüber meldepflichtig (Vgl. <https://www.homeandsmart.de/mini-solaranlage-bundesnetzagentur>, Zugriff am 03.11.2021).

Richtlinie der Gemeinde Sulzbach (Taunus) für die Gewährung von Zuschüssen zu
Mini-PV Anlagen / Balkonmodulen (Stand 03.11.2021)

Information zur Verwendung von personenbezogenen Daten:

Über die Verwendung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten informieren wir auf unserer Homepage:

<https://www.sulzbach-taunus.de/kundenservice-rathaus/verwaltung/fachbereiche/planung-bauen-liegenschaften/foerderprogramme-der-gemeinde>

6. Die Richtlinie tritt ab 01.01.2022 in Kraft.

Weitere Auskünfte zur Zuschussgewährung erteilt die Gemeinde Sulzbach (Taunus), Fachbereich Planung, Bauen, Liegenschaften, 65843 Sulzbach (Taunus),
E-Mail: oliver.weber@sulzbach-taunus.de, Telefon: 06196 70 21 621 (Herr Weber)

Weitergehende Beratung in allgemeinen Energiefragen erhalten Interessierte beim Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises, Energieberatung, Am Kreishaus 1-5, 65719 Hofheim am Taunus, Tel: 0 61 92-201 2490, E-Mail: amine.aimut@mtk.org
Internet: <https://www.mtk.org/Energieberatung-3768.htm>

Allgemeine Hinweise zum Steuerrecht:

Arbeitskosten für Investitionsmaßnahmen die mit Zuschüssen der Gemeinde Sulzbach (Taunus) gefördert werden, können im Rahmen des § 35a EstG (Einkommenssteuergesetz - haushaltsnahe Dienstleistungen) nicht mehr steuerlich gefördert werden. Wenn gleichwohl steuerliche Vergünstigungen nach § 35a EstG steuerlich geltend gemacht werden, besteht die Gefahr sich der Steuerhinterziehung strafbar zu machen.

Die Gemeinde Sulzbach (Taunus) ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen verpflichtet, Zuschusszahlungen über 1.500,00 € den Finanzbehörden zu melden.

Steuerliche Einzelfragen sind ggf. vorab mit einem Steuerberater zu klären.